

Nähe, Ähnlichkeit und Wiederholung. Die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel sei kaum vorhanden, das Verhalten werde durch Konditionierung und Imitation geprägt. Da es den Subjekten an Abstraktionsvermögen mangle und da sie keine klare Vorstellung von kausalen Zusammenhängen entwickeln können, bleibe ihre Selbstbehauptung weitgehend von Routinen und Ritualen abhängig.

Das Gegenteil zum sequenziellen Denken bildet nach dieser Typologie das systematische Denken, das integrativ, abstrahierend und selbstreflexiv verfähre. Das so gewonnene Weltbild sei von Dynamik und Interdependenz gekennzeichnet, in Hinsicht auf die sozialen Verhältnisse werde das Ideal reziproker Anerkennung und argumentativer Einigung hochgehalten. Dabei erscheint die Politik als ein multipolares Konfliktfeld, wobei die Relativierung des je eigenen Standpunktes die Chance beinhalte, Gegensätze gewaltfrei zu entschärfen. Kompromissbereitschaft und Toleranz werden von daher als demokratische Schlüsselwörter gewürdigt. Deren Verallgemeinerung im Rahmen deliberativer Demokratie erscheint als erstrebenswert, allerdings sei es innerhalb der bestehenden sozialen Strukturen nicht möglich, allen Kindern die dafür erforderlichen Bildungschancen zu garantieren.

Wiewohl die Typologie der Denkformen in epischer Breite ausgefüllt wird, ist das Resultat doch unbefriedigend. Das liegt nicht nur an den vergleichsweise mageren empirischen Ausführungen. So umfangreich die Darstellung der Typologie, ist deren Konstruktion doch ausgesprochen simpel, wobei dem Anschein nach das sequenzielle Denken zunächst intuitiv als *Modus deficiens* des linearen Denkens und dieses wiederum als *Modus deficiens* des systematischen Denkens abgegrenzt worden ist. Eine solche Konstruktion wäre indes keineswegs von vornherein als heuristisch verfehlt abzutun. Jedoch drängt sich in diesem Fall bei den qualitativen Interviews der Schluss auf, dass sie von vornherein auf nichts anderes als die Affirmation dieses Modells angelegt sind. Von daher wirft dieses Buch mehr Fragen auf als es Antworten zu bieten vermag.

*Peter Förster: Junge Ostdeutsche auf der Suche nach Freiheit. Eine Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende.* Opladen: Leske + Budrich 2002, 357 S., € 25,-.

*Tatjana Rudi*

Dieses Buch von *Peter Förster* weist gegenüber anderen Publikationen zum Thema „Politische Einstellungen bzw. Mentalitäten ostdeutscher Bürger“ die Besonderheit auf, dass es auf der „Sächsischen Längsschnittstudie“ basiert, einer 1987 in der DDR gestarteten Panelstudie, die bis heute die Einstellungen junger Ostdeutscher verfolgt.

Die konkreten Forschungsfragen legt der Autor, nach einer Skizze der Datengrundlage, in Kapitel 1 dar. Hauptsächlich geht es darum, „ob bzw. inwieweit mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in dem neuen Gesellschaftssystem auch eine politische Identifikation mit diesem System entsteht, welche Einflussfaktoren eine solche Bindung fördern bzw. hemmen“ (15). Der weitere Inhalt des Buches orientiert sich jedoch nur sehr bedingt an dieser Fragestellung. Primär handelt es sich um eine einfache Aneinanderreihung von Befunden der „Sächsischen Längsschnittstudie“.

Im Einzelnen befasst sich Kapitel 2 mit den Einstellungen zum gesellschaftlichen Leben in der DDR in den Jahren 1987 bis 1989. Kapitel 3 rückt die Bewertung der Deutschen Einheit ins Zentrum. Kapitel 4 analysiert ausführlich die Einstellungen zu diversen Elementen des Gesellschaftssystems der BRD. In den Kapiteln 5 bis 9 werden die Identitätsfrage, die Verbreitung sozialistischer Werte und der Glaube an sie, die persönliche Zukunftszuversicht, die Lebensorientierungen und die psychische Befindlichkeit beleuchtet. Kapitel 10 greift dann mit einer Untersuchung der Bestimmungsfaktoren des Einstellungswandels explizit einen Teil der Fragestellung auf. Kapitel 12 und 13 stellen zwei Exkurse dar, bevor in Kapitel 14 abschließend die Befunde zusammengefasst werden.

Als zentrales Ergebnis seiner Studie macht Förster die Tatsache aus, dass ein Großteil der Panelteilnehmer dem Gesellschaftssystem der BRD weit gehend kritisch gegenübersteht. Dabei sieht er als wichtigsten Einflussfaktor für die Haltung zur BRD die individuellen Erfahrungen mit dem Gesellschaftssystem an: Je

nachdem, ob diese eher positiv oder negativ seien, steige bzw. sinke die Systemzufriedenheit. Sinkende Systemzufriedenheit wiederum habe das Wiederaufleben alter sozialistischer Werte zur Folge.

Ordnet man diese Ergebnisse in die theoretische Diskussion ein, ob Sozialisations- oder Performanzfaktoren wichtiger für die aktuellen Einstellungen Ostdeutscher zur BRD sind (215), so wäre Performanzfaktoren eine höhere Relevanz zuzusprechen (311). Jedoch – und hier setzt die zentrale Kritik an Förster an – kann diese Schlussfolgerung, legt man die hierzu von Förster herangezogenen Daten und verwendeten statistischen Verfahren zu Grunde, keinesfalls gezogen werden. Zwar belegt Förster mit Hilfe von Korrelationen und Randauszählungen einen Zusammenhang zwischen negativer Erfahrung in der BRD und negativer Bewertung des Systems der BRD sowie zwischen negativer Erfahrung in der BRD und positiver Bewertung sozialer Aspekte der DDR, ein kausaler Nachweis ist dies aber nicht. Schließlich ist auch die umgekehrte Kausalrichtung, nach der die befragten Jugendlichen in der DDR mit dem Wunsch nach sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit Werte verinnerlicht haben, die im Gesellschaftssystem der BRD nicht groß geschrieben werden, sodass die ostdeutschen Jugendlichen dem System generell kritisch gegenüberstehen, mit den korrelativen Befunden vereinbar und theoretisch auch denkbar. Auch widerlegt eine geringe Korrelation zwischen früherer Bindung an die DDR und heutiger Bewertung der BRD nicht DDR-Sozialisationseffekte, wie es Förster gelegentlich mutmaßt (z.B. 256, 275). Hierfür wäre eine in der „Sächsischen Längsschnittstudie“ nicht vorhandene Kontrollgruppe notwendig, die in der DDR nicht sozialisiert wurde.

Mit der soeben an den zentralen Befunden von Förster aufgezeigten methodischen Kritik wurden die generellen Schwachpunkte der Studie benannt: Es dominieren Korrelationen und Querschnittsanalysen, die in den meisten Fällen auf Häufigkeits- und Randauszählungen beruhen. Die auf dieser Grundlage gewonnenen Ergebnisse werden dann ad hoc interpretiert. Multivariate Verfahren, die die Konstanzhaltung von Drittvariablen ermöglichen, damit Scheinkorrelationen ausschließen und mit deren Hilfe auch die relative Stärke von Faktoren ermittelt werden könnte, werden kaum heran-

gezogen, sodass der Autor weitgehend bei monokausalen Erklärungsversuchen stehen bleibt. Zwei weitere Kritikpunkte, die hier zumindest benannt werden sollen, sind eine unangemessene Verwendung des Begriffes „Signifikanz“ (besonders deutlich z.B. 128, 259) und eine zu geringe Auseinandersetzung mit der Frage, was die von ihm verwendeten Indikatoren eigentlich messen. Misst z.B. Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung (95) wirklich die Zufriedenheit mit dem Wirtschaftssystem oder nicht vielleicht eher Performanzzufriedenheit?

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die mit diesem Paneldatensatz grundsätzlich verbundenen, durchaus, wie Förster zurecht bemerkt (7–8), einmaligen Möglichkeiten der Aufzeichnung und Erklärung von Verläufen individueller Einstellungen in einem Transformationsprozess nicht ausgeschöpft werden.

*Margaret Lavinia Anderson: Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany. Princeton: Princeton University Press 2000, 488 S., \$ 67,50.*

*Marcus Llanque*

Die an der UCLA lehrende Historikerin *Margaret L. Anderson* erforscht seit geraumer Zeit die politische Geschichte und Kultur des deutschen Kaiserreichs und wurde durch ihre Biographie zu Windthorst, dem parlamentarischen Führer des Zentrums, bekannt. Mit dem hier vorgelegten Werk zur politischen Wahlforschung greift sie auf eine äußerst differenzierte Weise in den alten Streit um die Frage ein, ob das kaiserliche Deutschland aus sich heraus zur demokratischen Weiterentwicklung imstande gewesen wäre, oder ob es hierzu der Katastrophe des Ersten Weltkrieges als eines Katalysators bedurfte. Diese Frage ist aufgrund der auffälligen Strukturheterogenität des Kaiserreichs nicht nur historisch, sondern auch komparatistisch und demokratietheoretisch aufschlussreich. Denn das im europäischen Vergleich sehr fortschrittliche allgemeine und gleiche Männerwahlrecht zum Reichstag steht in einem deutlichen Kontrast zu entsprechenden Bestimmungen in den Einzelstaaten des Deutschen Reiches, allen voran in Preußen. Ander-